

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 05 | 03.02.2023

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 4/2023](#)

Kundmachung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über das **Inkrafttreten des Stromverbrauchsreduktionsgesetzes** (beihilfenrechtliche Genehmigung der Bestimmungen des 4. Teils des Stromverbrauchsreduktionsgesetzes)

[BGBl II 22/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Geflügelpest-Verordnung 2007 geändert wird (2. Novelle 2023 der **Geflügelpest-Verordnung** 2007)

[BGBl II 23/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Suchtgiftverordnung** geändert wird

[BGBl II 24/2023](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die **Ammoniakreduktionsverordnung** geändert wird

[BGBl II 25/2023 \(Anlage 1; Anlage 2; Anlage 3; Anlage 4\)](#)

Verordnung der Vorständin der Österreichischen Postbus Aktiengesellschaft über die Anpassung der Bezüge und Zulagen für die gemäß § 17 Abs 1a des Poststrukturgesetzes (PTSG) der Österreichischen Postbus Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesenen Beamten (**Postbus – Bezügeverordnung** 2022)

[BGBl II 26/2023 \(Anlage A\)](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die **Ammoniakreduktionsverordnung** geändert wird

[BGBl II 27/2023](#)

Verordnung der Bundesregierung, mit der die Verordnung der Bundesregierung über ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht für aus der Ukraine Vertriebene (**Vertriebenen-Verordnung** – VertriebenenVO) geändert wird

[BGBl II 28/2023](#)

Verordnung der Bundesregierung, mit der die Anzahl der quotenpflichtigen Aufenthaltstitel für das Jahr 2023 festgelegt wird (**Niederlassungsverordnung** 2023 – NLVO 2023)

[BGBl II 29/2023](#)

Kundmachung des Bundesministers für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport über die Valorisierung des **Fahrtkostenzuschusses**

[BGBl II 30/2023](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz über die **Neufestsetzung einer Pauschalvergütung** des Bundes für Leistungen der nach § 45 RAO bestellten Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 26 v 30.01.2023, 41](#)

Beschluss (EU) 2023/188 des Rates vom 23. Januar 2023 zur **Ernennung** eines von der **Republik Österreich** vorgeschlagenen **Mitglieds** des **Ausschusses der Regionen**

[ABI L 27 v 31.01.2023, 6](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2023/197 der Kommission vom 24. Januar 2023 zur Genehmigung einer nicht geringfügigen Änderung der Spezifikation eines im Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der **geschützten** geografischen Angaben **eingetragenen Namens** („**Steirisches Kürbiskernöl**“ (g g A))

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

28.11.2022, [V 222/2022](#) (Anlassfall [E 460/2021](#))

Tir Landes-VerlautbarungsG; Gesetzwidrigkeit einer VO des Gemeinderats der Gemeinde Ischgl mangels **hinreichend genauer Umschreibung des örtlichen Geltungsbereichs** der damit erlassenen Halte- und Parkverbote

28.11.2022, [E 1505/2021](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung einer Beschwerde gegen die Nichtzuerkennung des Status des **subsidiär Schutzberechtigten** in Bezug auf Herkunftsstaat Irak; nicht nachvollziehbare Beurteilung der für den Bf im Falle der Rückkehr bestehende Gefährdungslage

29.11.2022, [V 184/2021](#)

Bgld PflanzenschutzG; Aufhebung von Regelungen betreffend die **Einhebung von Kostenbeiträgen für gemeinsame Bekämpfungsmaßnahmen** gegen Stare in einer VO der Marktgemeinde Illmitz am See; keine umfassende und objektiv nachvollziehbare Ermittlung der Berechnungsgrundlagen

29.11.2022, [V 213/2021](#)

Oö RaumordnungsG; Teilaufhebung des Flächenwidmungsplans der Gemeinde Mühlheim am Inn; zeichnerische Darstellung eines landwirtschaftlichen Gebäudes mit der Sternsignatur „+1“ (Dorfgebiet) beruhte auf einem Irrtum der verordnungserlassenden Behörde

29.11.2022, [V 227/2021](#)

Bgld EntschädigungsVO; Aufhebung einer Bestimmung der Bgld EntschädigungsVO betreffend die **Mitbenützung von Kanälen der Gemeinden** durch die Straßenverwaltung; keine gesetzliche Grundlage für die Einschränkung des Anspruchs auf Straßen, deren Vollausbau erst nach Inkrafttreten der Verordnung erfolgt ist

30.11.2022, [V 148/2022 ua](#)

B-VG; Abweisung eines Antrags auf **Aufhebung der Streichung der befristet zugelassenen Arzneispezialität Maviret** aus dem gelben Bereich des Erstattungskodex des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger; Beschwerdemöglichkeit gegen die Anordnung der (bloß) befristeten Aufnahme in den Erstattungskodex

01.12.2022, [V 93/2021](#)

Tir RaumordnungsG; Aufhebung des Flächenwidmungsplans der Gemeinde Ischgl; Verpflichtung der Gemeinde zur Aufhebung von durch erstmalige elektronische Kundmachung eines Flächenwidmungsplans bestehende Sonderflächen mangels Vorliegens der entsprechenden Voraussetzungen hinsichtlich der Bebauung bzw der Erteilung einer entsprechenden Bewilligung innerhalb des relevanten Zeitraums von fünf Jahren

01.12.2022, [G 245/2020](#); [V 438/2020 ua](#)

Beamten-Kranken- und UnfallversicherungsG; Abweisung eines Antrags auf Aufhebung einer Bestimmung des Beamten-Kranken- und UnfallversicherungsG betreffend den **Kostenersatz für die Anstaltspflege** in einer PRIKRAF-Krankenanstalt, die kein Vertragspartner der BVAEB ist; kein Verstoß gegen den **Gleichheitsgrundsatz** durch Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit nur des Versicherungsträgers und nicht auch des Versicherten bei der Kostendeckung von Sonderklasseleistungen; keine Unsachlichkeit der niedrigeren (Teil-)Erstattung von Leistungen der Sonderklasse; Abweisung eines Antrags auf Aufhebung einer Wortfolge der Satzung 2016 betreffend die Kostenübernahme durch andere Vertragseinrichtungen, wenn eigene Einrichtungen der BVAEB nicht rechtzeitig die notwendige Hilfe leisten können

01.12.2022, [E 1617/2022](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens** durch Abweisung einer Beschwerde gegen die **Nichtzuerkennung** der Verlängerung des Status des **subsidiär Schutzberechtigten**; Unterlassung der gebotenen Berücksichtigung der Behinderung des Bf

14.12.2022, [V 186/2022](#) (Anlassfall [E 370/2022](#))

StVO; Gesetzwidrigkeit einer VO der ASFINAG betreffend eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 60 km/h im Gemeindegebiet von Kufstein mangels gesetzlicher Grundlage

14.12.2022, [V 70/2021-10](#)

VO des Bürgermeisters der Stadt Villach; Gesetzwidrigkeit einer VO des Bürgermeisters der Stadt Villach mit der welcher im Bereich von Landesstraßen Verkehrsverbote oder Verkehrsbeschränkungen erlassen werden; fehlende Ermittlung und Dokumentation des Beginns des verbauten Gebiets

14.12.2022, [G 259/2022-16](#)

GlücksspielG; Verstoß von Teilen einer Bestimmung des GlücksspielG betreffend den Schutz des Vermögens einzelner Spieler gegen den **Gleichheitsgrundsatz**; Unsachlichkeit der bloßen Einholung von Bonitätsauskünften bei problematischem Spielverhalten; kein effektiver Spielerschutz durch verspätete weitergehende Schutz- und Sorgfaltspflichten der Spielbankleitung erst bei Gefährdung des Existenzminimums

14.12.2022, [E 3456/2021](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung einer Beschwerde gegen die Nichtzuerkennung des **Status des Asylberechtigten** betreffend einer Staatsangehörigen Afghanistans; nicht nachvollziehbare Ausführungen im Hinblick auf die fehlende „westliche Orientierung“

14.12.2022, [E 1858/2021](#)

AsylG; Verletzung in Rechten wegen Anwendung eines verfassungswidrigen Gesetzes durch Abweisung des Antrags auf **internationalen Schutz** betreffend einer Staatsangehörigen der Russischen Föderation; im Übrigen Ablehnung der Beschwerdebehandlung

14.12.2022, [E 460/2021](#)

Gelegenheitsverkehrs-G; Anlassfall zu VfGH 28.11.2022, [V 222/2022](#)

14.12.2022, [E 148/2021](#)

StVO; Verletzung im **Recht auf Unversehrtheit des Eigentums** durch Erlassung eines Straferkenntnisses ohne jegliche Rechtsgrundlage

14.12.2022, [E 673/2022](#)

AsylG; Verletzung in Rechten wegen Anwendung eines verfassungswidrigen Gesetzes durch Erlassung eines Einreiseverbotes; im Übrigen Ablehnung der Beschwerdebehandlung

14.12.2022, [E 395/2022](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung einer Beschwerde gegen die Nichtzuerkennung des **Status des Asylberechtigten** betreffend eines Staatsangehörigen Afghanistans; nicht nachvollziehbare Ausführungen im Hinblick auf die fehlende „westliche Orientierung“

14.12.2022, [E 370/2022](#)

StVO; Anlassfall zu VfGH 14.12.2022, [V 186/2022](#)

14.12.2022, [E 1133/2022](#)

AsylG; Verletzung in Rechten wegen Anwendung eines verfassungswidrigen Gesetzes durch Erlassung eines Einreiseverbotes; im Übrigen Ablehnung der Beschwerdebehandlung

14.12.2022, [E 751/2022](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf persönliche Freiheit** durch Abweisung einer Beschwerde gegen die weitere Anhaltung in Schubhaft; Unterlassung einer nachvollziehbaren Auseinandersetzung mit der Möglichkeit einer zeitnahen Abschiebung des Bf insbesondere vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Afghanistan

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

28.11.2022, [Ro 2022/09/0003](#)

Beamten-DienstrechtsG; im Suspendierungsverfahren genügt es zur Rechtfertigung des Ausspruchs einer Suspendierung, wenn gegen den Beschuldigten ein **begründeter Verdacht** einer **Dienstpflichtverletzung** besteht, die „ihrer Art nach“ geeignet ist, das Ansehen des Amtes oder wesentliche dienstliche Interessen zu gefährden; ein „begründeter Verdacht“ liegt vor, wenn hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme der Wahrscheinlichkeit des Vorliegens einer Dienstpflichtverletzung

rechtfertigen; ein Verdacht kann nur auf Grund einer Schlussfolgerung aus Tatsachen entstehen; das VwG hat auch im Verfahren betreffend einer Suspendierung zu beurteilen, ob im **Zeitpunkt** seiner **Entscheidung** die Voraussetzungen einer Suspendierung gegeben waren

13.12.2022, [Ra 2019/06/0040](#)

Sbg ROG; die Interpretation, dass die in § 55 Abs 4 Sbg ROG grundsätzlich vorgesehene **Einhaltung des Mindestabstands** dann als untunlich angesehen werden könne, wenn der Mindestabstand zum Nachbargrundstück (fiktiv) dann eingehalten würde, würde die Verkehrsfläche gedanklich dem Bauplatz des Bauwerbers zugeschlagen, entspricht nicht dem Gesetz

13.12.2022, [Ra 2022/05/0121](#)

Nö BO; unter der „Umgebung“ iSd § 54 Abs 1 zweiter Satz NÖ BO sind grundsätzlich neben dem Baugrundstück selbst all jene Grundstücke zu verstehen, die von den äußeren Grundstücksgrenzen des Baugrundstücks aus innerhalb einer Entfernung von 100 m baubehördlich bewilligte Hauptgebäude aufweisen

16.12.2022, [Ro 2021/04/0017](#)

BundesvergabeG; die Ausnahmen von der Verpflichtung zur Einhaltung der Vorschriften über das öffentliche Auftragswesen sind eng auszulegen; im Rahmen der Beurteilung des § 9 Abs 1 Z 22 BundesvergabeG ist eine funktionale **Auslegung** des Aufgabenbereichs einer zentralen Beschaffungsstelle und damit auch der zulässigerweise ohne Ausschreibung zu erbringenden Nebenbeschaffungstätigkeiten nicht zulässig; es kann daher für die Auslegung des Ausnahmetatbestandes des § 9 Abs 1 Z 22 leg cit bzw des darin verwendeten Begriffs der „**Nebenbeschaffungstätigkeit**“ auch nicht darauf ankommen, ob einzelne Tätigkeiten auch der Darstellung des Honorars dienen

19.12.2022, [Ro 2022/03/0037](#)

RAO; Satzung Teil B 2018; wenn die einkommensabhängige **Beitragsermäßigung** nach § 8 Abs 4 Z 1 der Satzung Teil B 2018 beansprucht werden möchte, müssen für die Ermittlung der Voraussetzungen die **gesamten Einkünfte** aus **rechtsanwaltlicher Tätigkeit** miteinbezogen werden; hierfür reicht es nicht aus, dass nur die Einkünfte aus rechtsanwaltlicher Tätigkeit in Österreich angegeben werden

19.12.2022, [Ro 2022/03/0059](#)

RAO; Sondervergütung für eine überdurchschnittliche Belastung eines Verfahrenshelfers vom **Erfolg** der **Tätigkeit** abhängig zu machen, ist mit § 16 Abs 4 RAO nicht vereinbar; dies würde zu einer sachlich nicht begründbaren Schlechterstellung von Verfahrenshelfern mit wenig erfolversprechenden Fällen gegenüber solchen mit erfolgreichen Fällen führen, obwohl die Verfahrenshelfer in allen diesen Konstellationen von den überdurchschnittlichen Belastungen der Vertretung in gleicher Weise betroffen sein können; die Gewährung eines **Erfolgszuschlags** nach § 12 **Allgemeine Honorar-Kriterien** ist mit dem Konzept des § 16 Abs 4 RAO und dem damit verfolgten Zweck einer angemessenen Vergütung für überdurchschnittliche Belastungen von Verfahrenshelfern nicht vereinbar

19.12.2022, [Ra 2022/03/0178](#)

Sachverständigen- und DolmetscherG; nach § 10 Abs 1 Z 1 Sachverständigen- und DolmetscherG ist die **Eigenschaft** als allgemein beeideter und gerichtlich zertifizierter **Sachverständiger** zu entziehen, wenn sich herausstellt, dass die Voraussetzungen für die Eintragung seinerzeit nicht gegeben gewesen oder später weggefallen sind; die Norm erlaubt somit ausdrücklich eine Durchbrechung der Rechtskraft früherer Eintragungs- und damit auch Rezertifizierungsbescheide, wenn Umstände bekannt werden, die gegen die Eintragung bzw Rezertifizierung gesprochen hätten oder die **Voraussetzungen** für die Eintragung bzw Rezertifizierung nachträglich weggefallen sind; einer vom BVwG angedachten Wiederaufnahme des Eintragungs- oder Rezertifizierungsverfahrens bedarf es daher nicht

21.12.2022, [Ra 2020/05/0042](#)

Oö BauO; wenn eine **bauliche Anlage**, deren Fertigstellung nach § 42 oder § 43 Oö BauO anzuzeigen ist, ohne Baubewilligung errichtet wurde, hat neben einem Auftrag nach § 49 Abs 1 leg cit auch eine **Benützungsuntersagung** gem § 44 Abs 2 Z 1 leg cit zu ergehen

21.12.2022, [Ra 2020/21/0248](#)

FremdenpolizeiG; § 53 Abs 3 Z 1 FremdenpolizeiG ist unter anderem dann erfüllt, wenn ein Drittstaatsangehöriger zu einer bedingt nachgesehenen Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten rechtskräftig verurteilt worden ist, was die Annahme einer solchen **Gefährdung** indiziert; im Falle von einer nur **geringfügigen Überschreitung** dieser Grenze und wenn es sich nur um eine einzige Verurteilung handelt, kann dies begünstigend wirken; weiters muss ein „**Wohlverhalten**“ iSv keinen weiteren Verurteilungen gebilligt werden

21.12.2022, [Ra 2020/22/0267](#)

EMRK; **BFA-VerfahrensG**; Auswirkungen von **aufenthaltsbeendenden Maßnahmen** auf das Kindeswohl sind zu bedenken und müssen bei der **Interessenabwägung** nach Art 8 Abs 2 EMRK und § 9 BFA-VerfahrensG hinreichend berücksichtigt werden; dies gilt auch dann, wenn es sich beim Adressaten der Entscheidung nicht um den Minderjährigen selbst, sondern um einen Elternteil handelt

21.12.2022, [Ra 2022/22/0131](#)

Niederlassungs- und AufenthaltsG; **AusländerbeschäftigungsG**; die Anordnung des **§ 28 Abs 6 Niederlassungs- und AufenthaltsG**, wonach Aufenthaltstitel (ua) gem § 41 leg cit zu entziehen sind, wenn die regionale Geschäftsstelle des AMS der Behörde mitteilt, dass die Voraussetzungen (ua) gem § 12b AusländerbeschäftigungsG nicht länger vorliegen, bedeutet nicht, dass die Mitteilung der regionalen Geschäftsstelle des AMS im verwaltungsgerichtlichen Verfahren nicht entkräftet oder widerlegt werden könnte; § 26 Abs 6 Niederlassungs- und AufenthaltsG ist schon aus rechtsstaatlichen Gründen verfassungskonform dahin zu verstehen, dass die **inhaltliche Richtigkeit** dieser Mitteilung der **verwaltungsgerichtlichen Kontrolle** uneingeschränkt unterliegt

10.01.2023, [Ra 2021/06/0091](#)

VwGVG; **AVG**; Einwendungen gegen die Schlüssigkeit eines **Gutachtens** einschließlich der Behauptung, die Befundaufnahme sei unzureichend bzw der Sachverständige gehe von unrichtigen Voraussetzungen aus, haben ebenso – wie Einwendungen gegen die Vollständigkeit des Gutachtens – auch dann Gewicht, wenn sie nicht auf gleicher fachlicher Ebene angesiedelt sind, also insb auch ohne Gegengutachten erhoben werden; die unvollständige und unrichtige Befundaufnahme vermag auch ein Laie nachvollziehbar darzulegen; das VwG ist in diesem Fall verpflichtet, sich mit diesen – der Sachverhaltsfrage zuzurechnenden – **Einwendungen** in einer Verhandlung auseinanderzusetzen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG OÖ 14.12.2022, [LVwG-851745](#)

GewO; ist das Asylverfahren des Bf nicht abgeschlossen und trotz eines **Verlusts des Aufenthaltsrechts** nach § 13 Abs 2 AsylG der Aufenthalt im Bundesgebiet gemäß § 12 Abs 1 leg cit zulässig, so kann die Gewerbeberechtigung nicht mit der Begründung entzogen werden, dass sich der Bf nicht mehr zulässigerweise in Österreich aufhalte (§ 88 Abs 1 GewO)

LVwG NÖ 25.01.2023, [LVwG-AV-1402/001-2022](#)

EisenbahnG; wenn in einem Mehrparteienverfahren neben dem Antragsteller nur noch **Formal- bzw Organparteien** beteiligt sind, kann ein rechtskräftiger Bescheid nach § 68 Abs 2 AVG aufgehoben oder abgeändert werden, weil diesen aus dem Bescheid **keine subjektiven Rechte** erwachsen können, sondern nur prozessuale Befugnisse zukommen (vgl VwGH 93/10/0033, betreffend die Rechtsposition des Steiermärkischen Landesumweltanwaltes)

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[31.01.2023, Rs C-158/21, Puig Gordi ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – **Europäischer Haftbefehl** – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – **Übergabeverfahren** zwischen den Mitgliedstaaten – Vollstreckungsvoraussetzungen – Zuständigkeit der ausstellenden Justizbehörde – Art 47 Abs 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Recht auf Zugang** zu einem zuvor durch Gesetz errichteten Gericht – Möglichkeit der Ausstellung eines neuen Europäischen Haftbefehls, der gegen dieselbe Person gerichtet ist

[02.02.2023, Rs C-284/21 P, Kommission/ Braesch ua](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Art 107 und 108 AEUV – Umstrukturierungsbeihilfe – **Bankensektor** – Vorprüfungsphase – Beschluss, mit dem die Beihilfe für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt wird – Umstrukturierungsplan – Verpflichtungszusagen des betreffenden Mitgliedstaats – **Lastenverteilungsmaßnahmen** – Umwandlung nachrangiger Forderungen in Eigenkapital – Inhaber von Schuldverschreibungen – Nichtigkeitsklage – Zulässigkeit – Art 263 Abs 4 AEUV – Klagebefugnis – Unmittelbar und individuell betroffene natürliche oder juristische Person – Verletzung der Verfahrensrechte der Beteiligten – Nichteröffnung des förmlichen Prüfverfahrens – Art 108 Abs 2 AEUV – Begriff ‚**Beteiligte**‘ – Verordnung (EU) 2015/1589 – Art 1 Buchst. h – Begriff ‚Beteiligte‘ – Von der Europäischen Kommission berücksichtigte nationale Maßnahmen – **Unzulässigkeit der Klage**

[02.02.2023, Rs C-649/20 P, Spanien/ Kommission](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Art 107 Abs 1 AEUV – Auf bestimmte **Finanzierungs-Leasingvereinbarungen** für den Erwerb von Schiffen anwendbare Steuerregelung (spanisches True-Lease-Modell) – Voraussetzung der **Selektivität** – Begründungspflicht – Grundsatz des Vertrauensschutzes – Grundsatz der Rechtssicherheit – Rückforderung der Beihilfe

[02.02.2023, Rs C-208/21, Towarzystwo Ubezpieczeń Ż \(Contrats types d'assurance trompeurs\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 93/13/EWG – **Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen** – Art 5 – Verpflichtung, Vertragsklauseln klar und verständlich abzufassen – Richtlinie 2005/29/EG – **Unlautere Geschäftspraktiken** zwischen Unternehmen und Verbrauchern – Art 3 – Anwendungsbereich – Art 7 – Irreführende Unterlassung – Art 13 – Sanktionen – Fondsgebundene („unit linked“) Lebensversicherungsverträge – Informationen über Art und Konzeption des Versicherungsprodukts sowie über die damit verbundenen Risiken – Irreführende Musterverträge – Haftendes Unternehmen – Rechtsfolgen

[02.02.2023, Rs C-372/21, Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Status der Kirchen** und der **religiösen Vereinigungen** oder **Gemeinschaften** in den Mitgliedstaaten im Hinblick auf das Unionsrecht – Art 17 Abs 1 AEUV – Niederlassungsfreiheit – Art 49 AEUV – Beschränkungen – Rechtfertigung – Verhältnismäßigkeit – **Subventionen** für eine private Bildungseinrichtung – Antrag einer in einem anderen Mitgliedstaat ansässigen Religionsgesellschaft – Einrichtung, die von dieser Gesellschaft als konfessionelle Schule anerkannt wird

[02.02.2023, Rs C-676/21, Veronsaajien oikeudenvallontayksikkö \(Taxe sur les véhicules\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Inländische Abgaben** – Art 110 AEUV – Personenkraftwagen – Kraftfahrzeugsteuer – Aus anderen Mitgliedstaaten eingeführte Gebrauchtfahrzeuge – In andere Mitgliedstaaten ausgeführte Gebrauchtfahrzeuge – **Erstattung** dieser **Steuer** bei der **Ausfuhr** – Beschränkung dieser Erstattung auf Fahrzeuge, die vor weniger als zehn Jahren in Betrieb genommen wurden

[02.02.2023, Rs C-806/21, TF \(Précurseurs de drogues\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Drogenausgangsstoffe** – Rahmenbeschluss 2004/757/JI – Art 2 Abs 1 Buchst d – Person, die am Befördern oder Verteilen von Grundstoffen beteiligt ist, die der illegalen Erzeugung oder der illegalen Herstellung von

Drogen dienen – Verordnung (EG) Nr 273/2004 – Erfasste Stoffe – Art 2 – Begriff ‚Wirtschaftsbeteiligter‘ – Art 8 Abs 1 – Umstände, die vermuten lassen, dass erfasste **Stoffe** möglicherweise für die **unerlaubte Herstellung von Suchtstoffen** oder psychotropen Substanzen abgezweigt werden – Pflicht, diese Umstände zu melden – Begriff ‚Umstand‘ – Umfang

B. SCHLUSSANTRÄGE

02.02.2023, Rs C-543/21, *Verband Sozialer Wettbewerb (Contenants consignés)* (GA Emiliou)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verkaufspreis** – Getränke und Joghurts, die in Mehrwegbehältern verkauft werden, auf die ein Pfandbetrag zu zahlen ist – Nationale Rechtsvorschriften, die den **Händler** verpflichten, den **Pfandbetrag** neben dem eigentlichen Warenpreis **anzugeben**, und die Angabe des Gesamtbetrags untersagen

02.02.2023, Rs C-615/21, *Napfény-Toll* (GA Rantos)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Nationales Besteuerungsverfahren** – Mehrwertsteuer – Nationale Regelung, die die Möglichkeit vorsieht, die **Verjährungsfrist** für das **Steuerrecht** im Rahmen der **gerichtlichen Überprüfung**, unabhängig von der Zahl der wiederholten Steuerverfahren, zeitlich unbegrenzt zu hemmen – Grundsätze der Rechtssicherheit und der Effektivität des Unionsrechts

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

26.01.2023, Beschwerde Nr 60990/14, *B.Y./Griechenland*

Keine Verletzung von **Art 3 EMRK** (Verbot der Folter); BF hat **keinen Anscheinsbeweis** für seine Darstellung des Sachverhalts seiner Freiheitsberaubung und seiner Überstellung an die türkischen Behörden durch griechische Polizisten, die ihn misshandelt haben, vorgelegt; **Fehlen konkreter und übereinstimmender Beweise**, auf deren Grundlage die Beweislast bei der Regierung liegen würde; Unmöglichkeit, die sich größtenteils daraus ergibt, dass die nationalen Behörden keine gründliche und effektive Untersuchung durchgeführt haben

02.02.2023, Beschwerde Nr 30352/11 u.a., *Akshin Garayev/Azerbaidjan*

Verletzung von **Art 1 1.ZP EMRK** (Schutz des Eigentums); Übermäßige Belastung des BF durch die andauernde und **langwierige Einbehaltung seines Eigentums** als materielles Beweismittel in einem Strafverfahren, das seit mehr als fünfundzwanzig Jahren ausgesetzt war

02.02.2023, Beschwerde Nr 74530/17, *Rocchia/Frankreich*

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Unverhältnismäßige Belastung** der BF durch die innerstaatlichen Gerichte, die die in ihrem Namen eingelegte Berufung in Strafsachen für unzulässig erklärt haben, ohne andere Elemente als die Feststellungen einer von der Geschäftsstelle nicht ordnungsgemäß erstellten Berufungsschrift zu berücksichtigen

02.02.2023, Beschwerde Nr 9634/17, *Janáček/Tschechien*

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Versäumnis** des Verfassungsgerichtshofs, die schriftlichen **Stellungnahmen** der allgemeinen Gerichte zu **übermitteln**, so dass der BF nicht in der Lage war, sich zu ihnen zu äußern

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Amreither, Univ.-Ass. Mag. Paul Durstberger, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.